

Missbrauch in der Kirche: Das zähe Ringen um Konsequenzen

Fulda Die katholische Kirche in Deutschland steht wegen des gewaltigen Ausmaßes des Missbrauchsskandals massiv unter Druck und muss nun wegweisende Fragen beantworten.

Von Michael Brehme, dpa

Das öffentliche Interesse ist enorm, wenn die Bischöfe an diesem Dienstag in Fulda ihre lang erwartete Untersuchung zum Ausmaß des sexuellen Missbrauchs in den vergangenen Jahrzehnten vorstellen.

Weil die wichtigsten Ergebnisse aber schon vor der Vollversammlung bekannt geworden sind und der Tenor längst klar ist, stellen sich vor allem zwei Fragen: Welche Konsequenzen will die Kirche ziehen, um weiteren Missbrauchsfällen vorzubeugen? Und wird sie dazu etablierte Machtstrukturen infrage stellen?

Es handele sich um einen „entscheidenden, wichtigen Wendepunkt für die katholische Kirche in Deutschland - und nicht nur in Deutschland“, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, der Münchner Kardinal Reinhard Marx, am Montag zum Auftakt des viertägigen Treffens.

Reformkräfte fordern angesichts der Dimension des Skandals längst einen grundlegenden Kulturwandel in der Kirche - Marx deutete an, dass die Bischöfe in Fulda auch über mögliche Strukturänderungen beraten würden. Es gehe um die Frage, „wie die Kirche mit ihrer eigenen Zukunft“ umgehe, sagte er. Zudem hätten „die Opfer ein Recht darauf, Gerechtigkeit zu bekommen“.

Zentrales Ergebnis der Studie ist, dass zwischen 1946 und 2014 insgesamt 1670 katholische Kleriker 3677 meist männliche Minderjährige sexuell missbraucht haben sollen - und das ist nur die nachweisbare Spitze dessen, was in dieser langen Zeit tatsächlich geschah. Der tatsächliche Umfang des über Jahrzehnte etablierten Missbrauchs-Systems in der katholischen Kirche habe in der Studie nicht annähernd abgebildet werden können, bemängeln Kritiker.

Den Autoren der vor viereinhalb Jahren von der Bischofskonferenz in Auftrag gegebenen Untersuchung sei beispielsweise kein Zugang zu Originaldokumenten in den Kirchenarchiven eingeräumt worden. Zudem fehlten Aussagen von Opfern, auch habe es keine Zeugenvernehmungen gegeben, teils seien Akten vor der Untersuchung vernichtet worden. Und solche Fälle, die es in den zahlreichen Ordensgemeinschaften gegeben hat, seien gar nicht erst berücksichtigt worden. Marx sprach dennoch von einer „seriösen“ Studie. Wissenschaftliche Debatten darüber seien legitim.

Der Betroffenenverband „Eckiger Tisch“ verlangt ein staatliches Eingreifen. „Wir fordern eine unabhängige, staatliche Untersuchungs- und Aufarbeitungskommission“, sagte Sprecher Matthias Katsch, der die Aufdeckung des Missbrauchsskandals am Berliner Canisius-Kolleg im Jahr 2010 mit ins Rollen gebracht hatte, der Deutschen Presse-Agentur. Eine Organisation von Tätern könne sich nicht selbst aufarbeiten.

Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass in der Studie keine Namen zu lesen sind - weder von mutmaßlichen Tätern noch von „verantwortlichen Bischöfen, die das System aus sexuellen Übergriffen über Jahrzehnte gedeckt und perfektioniert haben“, wie Katsch es ausdrückt.

4,4 Prozent aller Kleriker der deutschen Bistümer aus den Jahren 1946 bis 2014 waren laut Studie mutmaßliche Missbrauchstäter. Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) sagte, die Kirche müsse „umfassend mit der Justiz zusammenarbeiten und jede bekannt gewordene Tat anzeigen, damit Staatsanwaltschaften diese verfolgen können“.

Im Jahr 2010 hatten die katholischen Bischöfe in diesem Zusammenhang bereits ihre Vorschriften verschärft, seither wird nach Kirchenangaben automatisch bei jedem Verdacht auf sexuellen Missbrauch die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Die Anzeigepflicht entfalle nur, wenn das Opfer dies ausdrücklich wünsche,

heißt es. Klar ist aber auch: Die meisten der jetzt bekanntgewordenen Fälle sind längst verjährt, was eine juristische Aufarbeitung verhindert.

Die katholische Reformbewegung „Wir sind Kirche“ hat wenig Hoffnung, dass sich die Bischöfe nun auf weitere Strukturreformen verständigen können. Die Bischofskonferenz sei zerrissen und „derzeit offenbar nicht in der Lage, einen einheitlichen Weg in der Aufarbeitung und in der Prävention zu gehen“, sagte Sprecher Christian Weisner der dpa. Es gebe noch immer „viel zu wenige in der Kirchenleitung, die den Ernst der Lage erkennen und auch wirklich bereit sind, die grundlegenden Debatten zu führen, die jetzt notwendig sind“. Dabei gehe es beispielsweise um die Sexualmoral und den Zölibat - die Verpflichtung der Priester zur Ehelosigkeit.

[Bericht auf Spiegel Online](#)

[Bericht in der Zeit](#)

https://www.aachener-nachrichten.de/politik/deutschland/missbrauch-in-der-kirche-das-zaehe-ringen-um-konsequenzen_aid-33240525

Zuletzt geändert am 24.09.2018